

## Stellungnahme zum Vorschlag der Entgeltänderung für Werkstattbeschäftigte

Die LAG WfbM BW e. V. nimmt Stellung zum Vorschlag der Entgeltänderung aus der „*Studie zu einem transparenten, nachhaltigen und zukunftsfähigen Entgeltsystem für Menschen mit Behinderung in Werkstätten für behinderte Menschen und deren Perspektiven auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt*“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS), veröffentlicht im September 2023.

Die Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstätten für behinderte Menschen Baden-Württemberg e. V. (LAG WfbM BW e.V.) begrüßt die im September 2023 vorgestellte Studie des BMAS. In der vorliegenden Stellungnahme gehen wir auf die Vorschläge zur Erhöhung des Werkstattentgelts sowie auf das strukturelle Problem der WfbM-Entlohnung ein.

Das BMAS schlägt in der oben genannten Publikation u. a. vor:

- Dem Entgelt einen neuen Namen zu geben (zukünftig Werkstattgeld)
- Das momentan bestehende System (Grundbetrag, Steigerungsbetrag und Arbeitsförderungsgeld) beizubehalten
- Den Freibetrag der Grundsicherung auf 50 % der Regelbedarfsstufe 1 anzuheben
- Das Arbeitsförderungsgeld um ca. 25 € pro Monat anzuheben
- Die WVO so abzuändern, dass den Beschäftigten eine verständliche Werkstattentgeltbescheinigung zur Verfügung gestellt werden kann

Die LAG WfbM BW e. V. setzt sich ausdrücklich dafür ein, dass das Werkstattentgelt ein auskömmliches Einkommen für Menschen mit Behinderung darstellt – mindestens auf der Basis des gesetzlichen Mindestlohns. Die vom BMAS vorgeschlagenen Punkte sind nicht zielführend, um den Werkstattbeschäftigten eine finanziell akzeptable Situation bieten zu können. Die Komplexität und Intransparenz des derzeitigen Lohnsystems bleiben weiterhin bestehen. Der gesetzliche Mindestlohn von derzeit 12,41 €/Stunde (Stand 04/2024) steht in Deutschland jedem Arbeitnehmenden zu (§ 1 MiLoG), sobald Arbeitsstunden geleistet werden.

Werkstätten können aufgrund ihres Doppelauftrags (Arbeit und Rehabilitation) keinen Mindest- oder gar Tariflohn bezahlen. Sie weisen nicht die reguläre Struktur von

Wirtschaftsunternehmen auf. Daher fordern wir von der Politik noch in der aktuellen Legislaturperiode ein entsprechendes Gesetz, welches das Werkstattentgelt für die Werkstattbeschäftigten auf die Höhe des Mindestlohns anhebt. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass die Neugestaltung des Lohnsystems Sache der Gesetzgebung ist, aus Staatsmitteln finanziert werden muss und nicht zu Lasten der Werkstätten und deren Beschäftigten vor Ort gehen darf.

Des Weiteren bedauern wir, dass das große Thema Entgelt der Werkstattbeschäftigten im Rahmen der Studie in den Hintergrund gerückt ist. Die transparente, nachhaltige und zukunftsfähige Bezahlung der Beschäftigten ist nicht mehr greifbar. Wir haben daher die Befürchtung, dass die angestrebte Reform des Entgelts versandet.

Die Ergebnisse der Studie zeigen zwar klare Wege einer Reform sowie deren Finanzierungsmöglichkeiten auf, das BMAS geht auf die Vorschläge jedoch nicht zu genüge ein und setzt sie auch nicht adäquat um. Aus unserer Sicht werden die Hoffnungen und Bedürfnisse der Werkstattbeschäftigten hier nicht gesehen, nachdem sie nun vier Jahre lang auf die Ergebnisse gewartet haben.

Stuttgart, den 25.04.2024



Dr. Ute Schottmüller-Einwag  
Geschäftsführerin